



Öffentliches Verfahrensrecht FS 2024

Fallstudie Teil 2 (5. März 2024)

Sachverhalt

Das Bundesamt für Bauten und Logistik (BBL) hat den Auftrag, für den Bund Rechenzentrumsdienstleistungen einzukaufen. Ihm ist bekannt, dass auf dem Markt neben dem bisherigen Anbieter X mit Hauptsitz in der Schweiz verschiedene weitere Anbieter solcher Dienstleistungen vorhanden sind. Mit X ist man zwar zufrieden, aber seine Dienstleistungen sind teuer. Neben einer neuen schweizerischen Anbieterin Y gibt es ausserdem noch die Z AG mit Sitz im grenznahen Konstanz (Deutschland).

Fragen

1. Was hat das BBL bei der Beschaffung einer solchen Dienstleistung zu beachten?
2. Welchen öffentlichen Interessen dient das öffentliche Beschaffungsrecht?
3. Welchen Zwecken dient das Vergabeverfahren aus Sicht der Behörde?